

## Gedenkrede 20. Juli 2003 Hanna Renate Laurien

Der 20. Juli – Erinnerungsort im vereinigten Deutschland?

Lassen Sie mich zuerst denen danken, die hier Erinnern bewahrt haben und bewahren, die Erinnern als bedeutsam für den Umgang mit Problemen und Aufgaben von heute verstehen und so gesellschaftlicher Bequemlichkeit und politischer Gleichgültigkeit widerstehen.

Erlauben sie mir nun ganz persönlich anzufangen: 20. Juli 1944, ich war 16 Jahre alt, durch „Springen in der letzten Gymnasialklasse, bekam in Kürze den so genannten Reifevermerk und die Einberufung in den RAD: Nachrichten vom Attentat am 20. Juli. Meine Mutter (Vater war eingezogen) war entsetzt über das Scheitern. „Das wird noch schlimmer. Wie kann es sein, dass dieser Verbrecher immer davonkommt!“ Ich sollte im kleinen Laden gegenüber Schmierseife kaufen gehen. Eine Frau kaufte da auch gerade ein, und ich rufe der Ladeninhaberin zu: „Es ist schrecklich! Das Attentat ist gescheitert!“ Sie zu mir: „Ja, Renatchen, du hast recht, das Attentat ist eine schreckliche Sache!“ und flüstert mir leise Warnendes zu. Ich besinne mich – und nun kommt das, warum ich dies berichte – per Lautsprecher werden alle Schülerinnen und Schüler in Spremberg/L. von der Hitlerjugend zu Sammelpunkten geladen, in Gruppen aufgeteilt, und sie haben, nachdem die Vollständigkeit überprüft ist, an jeder Ecke zu stoppen und laut zu rufen „Der Führer lebt!“ Da bin auch ich im Trupp, habe nicht protestiert. Ich fand es enorm von mir, dass ich nur die Lippen bewegte...

In dieser Diktatur fand das Attentat nicht die jubelnde oder verhaltene Zustimmung von Menschen, die befreit werden wollten. Es gab keine Befreiungs-Resonanz in der Bevölkerung. Götz Aly spricht sehr zu Recht von der „Zustimmungsdiktatur“ – und er hat darauf hingewiesen, wie durch eine den kleinen Mann und die kleine Frau schonende Steuerpolitik, durch zahllose nach Deutschland gehende „Frontpäckchen“, durch den Verkauf jüdischen Eigentums an „arische“ Bürger die deutsche Gesellschaft jener Jahre eine Zugewinnsgesellschaft war, die sich gebunden durch Teilidentitäten, nicht nur dem Autobahnbau stimmte man zu, und gebunden durch einen überhöhten Pflichtbegriff das Wegschauen leistete, um so der Wahrnehmung des Entsetzlichen zu entgehen. Doch wenn man das Entsetzliche wahrnahm, bedurfte es in der etablierten Diktatur großen Mutes, Widerstand zu wagen. Waren die Deutschen in diese Diktatur ahnungslos hineingeschliddert? Oh nein, es hat viel mehr nachdrückliche Warnungen gegeben, als uns heute bewusst ist, doch sie wurden nicht gehört. Adam von Trott hat erkannt, und er hat sie immer wieder zur Sprache gebracht. Er sah, und das ist höchst bemerkenswert, den „Kampf um die Menschenrechte“ voraus. Ich vermisse, dass wir immer noch, obwohl es inzwischen gute Veröffentlichungen hierzu gibt, die Geschichte der früheren Warnungen unterschlagen. Das ist auch eine Form des Wegschauens.

Dies Wegschauen begegnet mir auch in unserem italienischen Sommertheater. Der Bundeskanzler hat auf die Rede des italienischen Staatssekretärs gekonnt populistisch reagiert und Laurenz Meyer befand, das lenke von den wirklichen Problemen ab, doch verstehe ich darunter wohl etwas anders als er. Offensichtlich trifft die Beschimpfung als Bierbauch oder geile Blondine uns mehr als die als Nazi. Wer spricht davon, dass Berlusconi, nicht nur Staatsoberhaupt, sondern in EU-Leitungsfunktion, auf eine zulässige Kritik damit reagierte, den Kritiker mit einem

KZ–Aufseher gleichzusetzen. Ob er sich dabei der Besonderheit der Kapos bewusst war, bleibe offen. Aber eindeutig wollte er den Kritiker diffamieren. Das ist ein Markenzeichen von Diktaturen. Und: Kritik wird als Verbrechen gewertet. Auch das ein „Markenzeichen“ von Diktaturen. Wie gehen wir mit der öffentlichen Demonstration einer zutiefst antidemokratischen Haltung um? Ich weiß, dass die Rechtsregelungen der EU kein Einschreiten, keine Amtsenthebung aus diesen Gründen ermöglichen. Aber ich stelle eine Rechtslücke fest, der man sich zuwenden sollte. Unsere Erfahrung mit Diktaturen verpflichtet uns, den empfindlichen Umgang mit Frühwarnungen im gemeinsamen Europa zu sichern. Aus dieser Erfahrung wünsche ich mir ein parteiübergreifendes Engagement, das erreichen sollte, Sanktionen für solch unsägliche Ausfälle rechtlich festzulegen.

Wenn ich nun zwei Zeugnisse aus der Weimarer Zeit erwähne, möchte ich Ihre Ohren fürs Heute spitzen, Ihre geschichtliche Leseneugier stärken und Ihre Geschichtsauffassung vom schlafenden Staatsbürger in der Weimarer Zeit wandeln. Nun also zwei Zeugnisse:

Elisabeth Schwarzhaupt, 1961 erste Bundesministerin, hat 1932 als die Nazis verkündeten, den Frauen das Staatsbürgerrecht erst mit der Heirat zu geben, einen faszinierenden Artikel geschrieben: „Was hat die deutsche Frau vom Nationalsozialismus zu erwarten?“ Ihr Vater war Abgeordneter der Deutschen Volkspartei im Preußischen Landtag, und ihre Rede wurde auch im Zeitungs- und Buchverlag Deutsche Erneuerung veröffentlicht (10 Pfennig). Sie warnt vor einer die Mütter entwürdigenden Mütterideologie, und spießt eine Rede von Goebbels auf. Nach ihm hat die Frau Kinder zu gebären und schön zu sein, denn auch das Vogelweibchen schmückt sich. Sie kontert: Ich bin nicht bereit, für einen falschen Vergleich, denn das Männchen putzt sich, mein Staatsbürgerrecht preiszugeben. Und lesen Sie im großartigen Buch von Klaus Schönhoven und Hans-Jochen Vogel „Frühe Warnungen vor dem Nationalsozialismus“ nur das Kapitel der Reden im Preußischen Landtag, in dem die Weimarer Koalition aus SPD, DDP und Zentrum wehrhafte Demokratie lebte, so fragen Sie sich wie mich, warum man das nicht hörte. Ich nenne die großartige leidenschaftliche Rede von Otto Nuschke (DDP) – 8.7.193 – in der er gegen das Volksbegehren zur Auflösung des Parlamentes sprach, das von DNVP, NSDAP und KPD gestützt wurde. Diese Seelenverwandtschaft, so Nuschke, ist kein Zufall. „Die Diktatur ist in ihrer Wirkung ganz genau die gleiche.“ Wie er das ausführt und begründet, das ist bis heute lesenswert – Und wir sollten daraus lernen –, das ist meine tiefe Überzeugung, dass die wertende Unterscheidung von links- und rechtsradikalen Untaten nicht gut ist. Diktatorische, menschenverachtende Radikalismen sind zu bekämpfen, seien sie rechts oder links, zumal die Gewalttäter heute in meiner Erfahrung kaum Kenntnis vom Inhalt der politischen Ideologien haben.

Adam von Trott hat nicht nur mit seiner Aussage vom Kampf um die Menschenrechte das Wesentliche erkannt, er hat auch in seinem Konzept, im Kreisauer Konzept von der Zukunftsgesellschaft die entscheidende Antwort zur Bekämpfung von Gewalt als politischem Mittel gegeben. Ich gestehe, dass die Debatten, ob denn der Kreisauer Kreis eine „wirkliche“ Demokratie gewollt habe, (ich spreche nicht vom Goerdeler-Kreis), mich in ihrer Geschichtsfremdheit nahezu anwidern. Da fragt man, ob Adam von Trott zu Solz – und wir nicht müde, seinen Brief an David Astor im Dezember 1939 zu zitieren – ob also Adam von Trott mit seiner Kritik am blinden „Vertrauen in die Weisheit des Volkswillens“, mit seiner Ablehnung sowohl des demokratischen wie des totalitären „Sich-Abstimmens auf den Masseninstinkt“ denn noch die Demokratie bejaht habe. Sie lassen sowohl den

Zeitbezug jeder politischen Existenz aus, der eben nach den Erfahrungen mit der Weimarer Republik anders aussah als nach Jahrzehnten Bundesrepublik, – wer weiß denn, wie diese Männer, wenn sie überlebt hätten, unser Land gestaltet hätten? – und sie übersehen, was für Adam von Trott existentielle politische Mitte war: Er will eine neue Gesellschaftsordnung. Schon in seiner Dissertation über Hegel und das internationale Recht fordert er, dass die äußere Politik „die Existenz der sittlichen Substanz zu wahren“ habe, dass zwischen den Völkerrechtssubjekten die gleichen Rechtsgrundsätze wie auf innerstaatlicher Ebene zu gelten haben. Das ist entscheidend! Trotts Verständnis von Parteien ist gewiss nicht das unsere, aber das hätte sich in einer politischen Landschaft, in der die zitierten Maßstäbe gelten, garantiert verändert. Und es tut parlamentarischen rechtsstaatlichen Demokratien durchaus gut, die Gefährdungen durch „Masseninstinkte“, ich sage heute durch Trends, durch Auslieferung an eine veröffentlichte Meinung nicht zu übersehen. Doch Adam von Trott trägt noch einen, wie ich meine, lebens- ja überlebenswichtigen Gedanken bei. Es geht ihm um die eigene Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger. Sie will er institutionalisieren. Ich lasse einmal offen, wie weit das gelingen kann – die Debatte um unser Gesundheitssystem und dessen Finanzierung ist ein aufregendes Beispiel –, aber eines ist wohl unübersehbar: „Freiheit“ war auf dem Weg zum mündigen Bürger, – von der Bürgerin war erst später die Rede – zuerst Freiheit vom Staat. Sie war Freiheit „gegen“ den Staat und heutige Verfassungen garantieren die Freiheit der Entfaltung des Einzelnen. Begrenzung erfährt diese Entfaltung, so auch unsere Verfassung, nur dann, wenn sie die Freiheit eines anderen behindert. Individuelle Freiheit setzt Ziel und Maßstab. Die Frage, – und Trott formulierte sie! – wie denn das Staatsvolk zu seiner – Regierung im Sinne der sozialen, gesellschaftlichen und politischen Solidarität stehe, ging nahezu unter. Hundertmal zitiert: es geht nicht nur um die Freiheit VON, es geht um die Freiheit FÜR. Bindungslosigkeit ist nicht Freiheit, sie mündet letztlich entweder in Anarchie oder in trostlose Einsamkeit. Manche Gewalttat, die wir heute beklagen, erwächst aus Bindungslosigkeit, aus dem Fehlen eines „Für“. Ein Gedenktag wie der Heutige, ja – und das nehme ich in anderem Zusammenhang später noch einmal auf – das Engagement all derer, die gegen Hitler Widerstand verwirklichten, zeigt uns: nur ein GEGEN, das aus einem FÜR lebt, um eines Fürs willen gewagt wird, rettet und bewahrt. Vermitteln wir das der jungen Generation? Florian Illies (Generation Golf) sagt im Tagesspiegel-Interview vom 13. Juli 2003, er sei beim Blick auf seine Generation (er ist jetzt 32 Jahre alt) besorgt, dass sie in die Happy Ignorance ver falle. „Die Flucht vor der eigenen Entscheidung, die Weigerung vor dem Übernehmen von Verantwortung“ vollziehe, doch er nennt auch die Möglichkeit, dass aus den „Extremerfahrungen der letzten drei Jahre eine Form von skeptischem Optimismus erwachsen kann, der viel mit der Realität zu tun hat.“ Wird da die Ich-Ideologie durchbrochen? Wenn wir uns engagieren, das ist eine Erfahrung, lässt die junge Generation sich öfter anstecken, als wir es erwarteten. Und: Sollten wir das nicht auch auf die demokratische Streitkultur anwenden? Im Anti muss ein Pro erkennbar sein. Dass dies hier in Imshausen in der Adam von Trott-Stiftung nicht nur beredet, sondern eingeübt wird, verdient nicht nur Dank, es verdient Verbreitung! Die Botschaft von Adam von Trott enthält noch mehr. Was ich in der Zeit von 1968 bis etwa 1985 nur unter Buhrufen hätte zitieren können, und was bis zur Wende meist nur auf Gleichgültigkeit gestoßen wäre, dann – und in meiner Erfahrung bis heute – von den einen als Ausbeutung abgelehnt, von den anderen als unerlässliche Notwendigkeit beschworen wird, aber von den meisten nur als Notwendigkeit für

den anderen, selten für sich selbst angesehen wir, das hat Adam von Trott zur Sprache gebracht. Es geht nicht nur um mein Wohl, es geht um das heute so oft zitierte „Gemeinwohl“. Ich lasse hier aus, obwohl das mancher als politisch fahrlässig bewerten wird, dass ja eben in pluraler freiheitlicher Demokratie das Verständnis, was denn nun „Gemeinwohl“ inhaltlich bedeute, verschieden ist. Für mich heißt – bewusst naiv oder vielleicht sehr praxisnah? – Gemeinwohl nichts anderes als Sicherung einer gewaltfreien Entfaltungsmöglichkeit der Unterschiedlichen und die größtmögliche Eingrenzung des Lebens auf Kosten anderer.

Hören wir die Stimme von Adam von Trott. Er ist mit Yorck überzeugt, dass der von ihm bejahte, gegen den freiheitseinschränkenden Staat gerichtete Freiheitsbegriff, der die ständische Ordnung beendete, doch erst und nun Zitat „im selbstlosen Dienst am Gemeinwesen“ zu seiner Erfüllung kommt. Dieser Dienst, eigene Verantwortung und Tat, nicht nur Reden, das ist eine Botschaft aus Imshausen. Die Selbstlosigkeit wird nie mehrheitsfähig, aber ein gewisser Dienst am Gemeinwesen sollte es werden. Buber sagte 1928: „Der Gegensatz zu Zwang ist nicht Freiheit, sondern Bindungsbereitschaft.“

Ich komme nun nicht, wie vielleicht manche erwarten, auf die Unerlässlichkeit von Freiwilligenarbeit, bei uns leider immer noch Ehrenamt genannt, zu sprechen, so wichtig das ist, nein, ich will eine politische Konsequenz ziehen. Aus dem Wagnis des Widerstandes in der Diktatur im Namen der Freiheit, in der Vision einer neuen, Menschen verschiedener Meinungen, verschiedener Generationen, verschiedener sozialer Situationen integrierenden Gesellschaft – so in den Zukunftsaussagen der Kreisauer –, aus diesem Wagnis lässt sich die politische Gleichgültigkeit vieler heute nicht rechtfertigen.

Parteienkritik? O.k. Aber Taten sind zum Verbessern gefordert. Elie Wiesel, dem ich in Berlin begegnen und ihn bei seinem Besuch begleiten durfte, hat damals zu den Berliner Jugendlichen gesagt: Ihr seid nicht für die Verbrechen verantwortlich, aber ihr seid verantwortlich für eure ganze deutsche Geschichte. Und das heißt ja auch: verantwortlich für eure Gegenwart, die einmal Geschichte wird.

Unisono erklingt heute die Kritik an den Parteien –, Politik- oder Politikerverdrossenheit sind beliebte Schlagworte. Ich konfrontiere Sie mit einem Text, den Wiesel in „Adam oder das Geheimnis des Anfangs“ zitierte – und ich verkürze. Ein Schüler kritisierte von Rabbi Menachem Mendel die Unvollkommenheit der Schöpfung Gottes. Der Rabbi: „Würdest du es besser machen?“ „Ich denke schon“, stammelte der Schüler, ohne zu wissen, was er sagte. „Du würdest es besser machen?“ rief der Meister. „Aber worauf wartest du dann? Du hast keinen Augenblick zu verlieren, geh und mache dich an die Arbeit!“ Bonhoeffers Wort, in Deutschland fehle „die Notwendigkeit der freiheitlichen verantwortlichen Tat“ müssen wir auch auf uns beziehen.

Eben nicht Meckern auf Sofas oder in Discos, sondern Eintreten in politische Parteien, mit starkem, aus dem Für gespeisten Veränderungswillen. Mut ist in Demokratien selten gefordert, aber Zivilcourage und Handlungsbereitschaft. Die mich immer wieder faszinierende Verbindung von Nachdenklichkeit und Pragmatismus, die Adam von Trott kennzeichnet, ist heute wichtiger als je. Aus dieser produktiven Mischung hat er und hat der Kreisauer Kreis seinerzeit das integrative Gesellschaftsmodell entwickelt, das die Konservativen und die Sozialisten, ich sage lieber die Sozialen, das die Generationen und die früher getrennten Stände, vor allem die Arbeiter und die Regierenden, auch die beiden christlichen Kirchen auf neue Weise verbinden sollte.

Adam von Trott hat aber – und leider ist sein Memorandum zu dieser Frage nicht

erhalten (s. Clarita von Trott zu Solz, Adam von Trott zu Solz. Eine Lebensbeschreibung, S. 192 f.) – Deutschland auch zwischen Ost und West gesehen. Er hatte seinen Marx gelesen, auch wenn er nie Marxist wurde. Freunde hielten dieses Dokument für höchst wichtig und ich will es als Anstoß für ein auf unsere Gegenwart bezogenes Nachdenken zum 20. Juli annehmen:

Wir hatten zwei sehr unterschiedliche Traditionen des Erinnerns in der DDR und in der Bundesrepublik. Ich will beide in unsere Erinnerung rufen und, Adam von Trott verpflichtet, fragen, ob und wie wir sie verbinden können, wie der 20. Juli zu einem Erinnerungsort in Deutschland werden könnte.

Ich verweise auf den Beitrag „Der 20. Juli“ von Jürgen Danyel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, im zweiten Band der von Etienne François und Hagen Schulze herausgegebenen Trilogie „Deutsche Erinnerungsorte“, der die Entwicklung des Erinnerns sachkundig, differenziert und kritisch beschreibt.

Unmittelbar nach Kriegsende war der Widerstand kein Thema in Deutschland. Die meisten hätten schamhaft ihr Mitläufertum, gar ihre Denunziationsbereitschaft eingestehen müssen, und den Siegern, Ost wie West, lag nicht sogleich etwas daran, Kräften Raum zu geben, die das „unconditional surrender“ eingeschränkt hätten. Dass Ricarda Huch 1946 ihr Gedenkbuch „Bilder deutscher Widerstandskämpfer“ begann, wurde mir erst in den sechziger Jahren bekannt. Und mit der Begründung, mit dem Attentat wenigstens etwas von der Ehre der deutschen Nation gerettet zu haben, fing kaum jemand in dieser Zeit, da „Nation“ durch die nationalsozialistische Totalisierung zu einem Unwort geworden war, etwas an.

Die Teilung Deutschlands wirkte sich in der Folgezeit erheblich auf unser Geschichtsverständnis aus. Zuerst – und um der Zeitbegrenzung willen immer nur skizzenhaft – die Situation in der DDR.

Der 20. Juli wurde von KPD/SED radikal abgelehnt. Die da gehandelt hatten, die rebellierenden Generäle, gehörten zur Schicht der kapitalistischen Ausbeuter und – so immer wieder in den damaligen Verlautbarungen – sie hätten ja erst zum Aufstand gefunden, als sie den Krieg als verloren ansehen mussten, die Kommunisten dagegen hätten schon früh, schon in Weimar den Nationalsozialismus bekämpft. Das trifft zu, doch die Einsicht, die uns im Zitat von Otto Nuschke begegnet ist, wurde keineswegs selbstkritisch aufgenommen. Es wurde nicht thematisiert, dass die Bindung an die kommunistische Ideologie auch Gemeinsamkeit des Widerstandes oft genug behinderte.

Ich spitze bewusst zu, denn ab und an gab es auch in der DDR differenzierende Arbeiten: Im Identitätsmuster der antifaschistischen DDR gab es nur den siegreichen kommunistischen Widerstand. Beeindruckendes Beispiel die Darstellung des KZ in der „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald“. Die Straße der Nationen bezeugt nicht nur die nationale Vielfalt der Eingekerkerten, sie bekundet die Internationalität der DDR. Die Straße führt zum Platz der Freude(!) mit der berühmten Skulptur von Fritz Cremer „Der Aufstand der Gefangenen“, deren elf Personen alle, selbst im Fallen, Sieger sind. Die Toten werden nicht als Opfer, sondern als Sieger erinnert. In einer Vorlesungsreihe über Rhetorik an der Georgetown University, Washington DC. 1994, (mein Thema war Politik und Rhetorik) hielt Peter C. Pfeiffer beeindruckende lectures über Denkmäler als Ausdruck nationaler Identität und kennzeichnete das Buchenwald-Denkmal als Zeugnis der demokratisch-antifaschistischen Identität der neuen sozialistischen Gesellschaft, als Marsch in die den Tod überwindende Zukunft, wodurch der Sieg

des Kommunismus verherrlicht, der „Faschismus“ für die DDR beiseitegeschoben und der Bundesrepublik zugeordnet werde. Er erwähnte übrigens, dass „die Gräber der 12–13.000 Menschen, die unter sowjetischer, später unter DDR-Verwaltung (er benutzte das Wort „stewardship“) starben, nicht gekennzeichnet sind“.

In der Bundesrepublik, auch dies zugespitzt, wurde, wie Danyel das beschreibt, und ich zitiere, „... paradoxerweise (der Kalte Krieg) zum eigentlichen Motor einer nationalen Identitätsstiftung“ (S. 231), wurde der 20. Juli als „Aufstand des Gewissens“, als Befreiung zur „Reinigung des deutschen Namens“ (Hans Rothfels 1948) mehr und mehr zur Vorgeschichte der Bundesrepublik. Aus den Verrätern waren Helden geworden, durch deren Verehrung man die Frage nach der eigenen Schuld nicht so dringlich stellen musste. Erst in den sechziger und siebziger Jahren gelang wieder Differenzierung, und sie wuchs in den achtziger Jahren. Es gelang, das, was die DDR als „späte Einsicht“ brandmarkte als einen in der Tat vom Gewissen bestimmten Erkenntnisprozess zu vermitteln, und das Ringen um die Einsicht, die quälende Frage nach der Berechtigung zum Tyrannenmord als Frage politischer Ethik zu verstehen. Gerade die Erschließung des Denkens im Kreisauer Kreis gab wichtige Einblicke. Nicht der Attentäter bricht den Treueeid, der Tyrann hat ihn gebrochen und der Attentäter will die Essenz des Treueides retten. Auch die Zentralisierung des Widerstandes auf den 20. Juli wurde mehr und mehr aufgebrochen. Die Vielfalt des Widerstandes, auch die Bedeutung der Rettungshelfer und die moralische Würde der Deserteure wurden zunehmend erkannt. Allerdings kam auch die Frage auf, ob kommunistische Widerständler, die überlebt hatten und nun Führungspositionen in der zweiten Diktatur innehatten, einen Platz in der Darstellung des Widerstandes gegen die Nazis haben dürften. In der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand – und ich könnte einiges aus dieser Erfahrung berichten – bekamen Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck den ihnen geschichtlich gehörenden Platz in der Darstellung des Widerstandes.

Die DDR hatte, sozusagen als Gegengewicht zum 20. Juli, das Nationalkomitee Freies Deutschland in ihren offiziellen Gedenkkalender aufgenommen. Sie ehrte damit die Soldaten und Offiziere, die sich in der Gefangenschaft vom Nationalsozialismus abgekehrt und der sowjetischen Ideologie zugewandt hatten. Mitte der achtziger Jahre überraschte die DDR die Öffentlichkeit und ganz besonders den Westen mit ihrer Revision des Preußenbildes. War anfangs die Linie von Luther über Friedrich II. Und Goethe zu Hitler gezogen worden, so hatte man inzwischen Luther als zur Freiheitsgeschichte der DDR gehörend entdeckt und forderte nun als sozialistische Nation den Anspruch auf die ganze deutsche Geschichte und ließ Friedrich, nun Friedrich der Große wieder Unter den Linden reiten.

Da überraschte es kaum mehr, dass 1984 zum 40. Jahrestag des 20. Juli das Attentat als „patriotische Tat“ gefeiert wurde. Doch es war wie mit dem erhofften Kulturaufbruch als Honecker Ulbricht ablöste und Freiräume entdeckt wurden. Sehr bald ereignete sich die Ausweisung Biermanns und der Traum endete. Auch die Aufnahme des 20. Juli ins Gedenken fand keine Konsequenz im Umgang mit dem „Sputnik-Schock“. Diese Selbstbehauptungszeichen ließen eine Schwächung, nicht aber einen Wandel des Regimes vermuten.

Nach der Vereinigung stehen wir nun in der Tat vor der Aufgabe, den 20. Juli mit unserer ganzen Geschichte zu verbinden. Es war mir ein unüberhörbares Hoffnungszeichen, dass die Forderung von Franz Ludwig Schenk Graf von Stauffenberg, die Ulbrichts und Piecks aus der Gedenkstätte zu entfernen, nicht nur von den Verantwortlichen abgelehnt wurde, sondern auch in der Bevölkerung nicht

auf Resonanz stieß.

Imshausen versteht sich auch als Ort, an dem das Gespräch zwischen Menschen aus den alten und den jungen Ländern der Bundesrepublik (sie sind nicht Bundesländer...) gepflegt wird. Den 20. Juli in seiner unterschiedlichen Erinnerungsweise in unser Selbstverständnis aufzunehmen, nicht glatt zu polieren, sondern aus den Ecken und Kanten zu pluraler Identität zu finden, ist eine Aufgabe. Dazu passt durchaus, dass in jüngster Zeit auch das Leid der Deutschen, die Bombennächte, die Vertreibung, die Begegnung mit der Soldateska zur Sprache kommen. Die ARD-Sendung über Stalingrad –, das Buch von Jörg Friedrich, „Der Brand“, seien nur exemplarisch erwähnt. Es geht immer wieder um die Aufnahme unserer ganzen Geschichte.

Selbstverständlich sind die Ursachen des deutschen Leids, die NS-Zeit der Zustimmungs-Diktatur klar darzustellen, aber das Feststellen von Ursachen ist keine Antwort auf schmerzendes Leid. Wird die eigene Leiderfahrung öffentlich beiseitegeschoben, so sind erfahrungsgemäß die Betroffenen kaum je bereit, sich mit der eigenen Schuld, sei es als Mitläufer, als Mittäter auseinander zu setzen. Deshalb auch die Annahme der so verschiedenen Erinnerungsgeschichte. Durs Grünbein in seinem Tagebuch 'Das erste Jahr': „Aus beiden Richtungen kamen die Befreier.“ Es ist wichtig, dass er BEIDE Befreier nennt! Und er fährt fort: „... doch wie unterschiedlich waren ihre Geschenke: im Westen der Marshall-Plan und als Dreingabe die parlamentarische Demokratie, im Osten die Rosskur der Erziehungsdiktatur aus dem Geiste Stalins.“ (S. 58) Es gibt eine Allensbach-Untersuchung, auf die Gesine Schwan in ihrem Buch „Politik und Schuld“ aufmerksam gemacht hat. Die Untersuchung ergab, dass die Deutschen so viel weniger als die Österreicher stolz sind auf Familie, Arbeit, Nation, und nun kommt die unsägliche Folgerung. Da heißt es: „Kann man die mangelnde Auseinandersetzung der Österreicher mit ihrer Vergangenheit wirklich beklagen, wenn man sieht, wie viel stolzer diese auf ihre Nation sind als die Deutschen?“ Verdrängung als Weg zur nationalen Identität? Das ist nicht unser Weg, und in „Gegen Vergessen – für Demokratie“ machen wir auch immer wieder die Erfahrung: Das ist auch nicht der Weg unserer Jugend. Sie gehen auf Spurensuche. Miteinander wollen wir in das künftige Europa einbringen: Wir bejahen unsere Nation, aber wir werden die Bindung an sie nie höher bewerten als die Bindung an die Demokratie. Uns ist die ethnische Herkunft durchaus wichtig, aber sie ist nie wichtiger als die Verfassungstreue im freiheitlichen Rechtsstaat. Wir können aus der Erinnerungsgeschichte des 20. Juli die Erkenntnis mitnehmen, dass die enthistorisierende, fast mythologische Überhöhung zwar Leitbilder setzt, aber von eigener Verantwortung befreit, und dass die Funktionalisierung von Geschichte im Dienst der Herrschenden Kennzeichen von Diktaturen ist. Wer sich auf die ganze Geschichte, auf deren Einzelheiten, die angeblichen Randerscheinungen einlässt, erfährt, wie die eigenen Gewissheiten immer wieder in Frage gestellt werden. Götz Aly folgert: „Geschichte erfordert Demut und hält nur die eine Lehre bereit: Niemand steht auf der sicheren Seite.“ Auf der sicheren Seite, das heißt auf der Seite der Rechthabenden, der Selbstsicheren, der Anhänger einer absolut verbindlichen Meinung, auf der Seite derer, die sich nicht zum Aufbruch entschließen können. Lassen Sie mich mit einem Zitat von Elie Wiesel schließen, das uns anstecken kann:

„Was ist noch schlimmer als das Leid? Gleichgültigkeit! Was ist noch schlimmer als Verzweiflung? Resignation! Wer sich nämlich nicht rühren und ergreifen lassen kann, dessen Vorstellungskraft nie Feuer fängt – der ist schlimm dran.“ (Was die

Tore des Himmels öffnet, S. 89)

*Dr. phil. Hanna Renate Laurien wurde 1928 in Danzig geboren. Sie studierte in Berlin Philologie und war bis 1970 im Schuldienst in NRW tätig. 1971 wurde sie Staatssekretärin und 1976 Kultusministerin in Rheinland-Pfalz. Von 1981–1989 war sie Senatorin in Berlin und ab 1986 auch Bürgermeisterin. Von 1991–1995 stand sie dem Berliner Abgeordnetenhaus als Präsidentin vor. Seit 1966 gehört sie der CDU an, von 1976–1989 war sie Präsidiumsmitglied der Bundes-CDU. Sie bekleidete zahlreiche Ehrenämter, u. a. im Zentralkomitee Deutscher Katholiken, im Präsidium des Internationalen Bundes für Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit sowie im Vorstand des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie“. Sie veröffentlichte zahlreiche Publikationen zu den Themen Kirche und Politik und wurde mit zahlreichen in- und ausländischen Auszeichnungen geehrt. Hanna Renate Laurien starb am 12. März 2010.*

Der Redetext wird zitiert nach dem inzwischen vergriffenen Buch „Zwanzig Jahre Reden am Kreuz“, das 2004 im Marburger Schüren-Verlag erschienen ist.  
Die Rechtschreibung entspricht der Buchvorlage, lediglich offenkundige Druck- und Schreibfehler wurden bei der Abschrift korrigiert.